

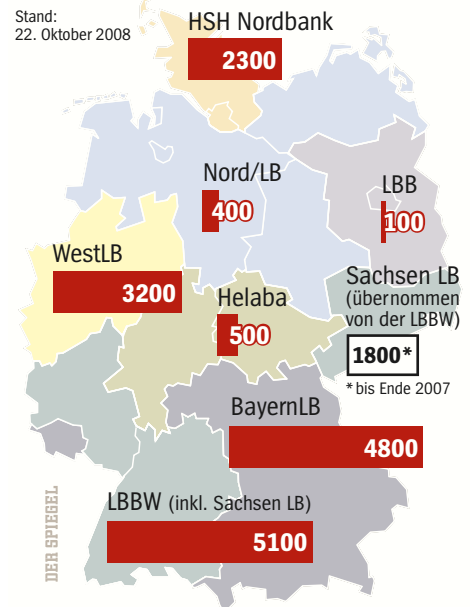


BayernLB-Chef Kemmer

Verzocktes Vermögen

Bisherige Belastungen der Landesbanken infolge der Finanzkrise, in Millionen Euro

Stand:
22. Oktober 2008



FINANZKRISE

Total-Crash dank ABS

Die Topmanager der BayernLB haben sich völlig verspekuliert, Milliarden verbrannt und dabei auch noch versucht, den deutschen Fiskus auszutricksen. Das Münchner Desaster zeigt exemplarisch, welch katastrophale Folgen die Vermengung von Politik und Hochfinanz haben kann.

Michael Kemmer muss ein glücklicher Mann sein. Wie einen Fußballstar feierten ihn seine Angestellten am Donnerstag vergangener Woche bis in die Nacht hinein. „Wir wollen Kemmer“, riefen sie im Chor. Dabei ist der 51-Jährige ein Bank-Chef und noch dazu Boss der affärengelagerten BayernLB, einer jener Männer also, denen in Zeiten der Weltfinanzkrise bestenfalls Hohn und Spott, mitunter fast schon Hass entgegenschlagen.

Auch Kemmer sollte eigentlich seinen Schreibtisch räumen, wenn es nach dem Willen des designierten bayerischen CSU-Ministerpräsidenten Horst Seehofer gegangen wäre. Mit Finanzminister Erwin Huber, der die politische Verantwortung für das Milliarden Desaster um missglückte Spekulationsgeschäfte übernahm, war vorher bereits ein führender Politiker abgetreten. Jetzt sollten dem Volk auch Bank-Manager als Verantwortliche präsentiert werden. Manche CSU-Politiker forderten gar, alle sechs Vorstände der Landesbank sollten entlassen werden – sofort.

Ein Anruf der Bankenaufsicht stoppte den möglichen Amoklauf der Politiker. Die

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) warnte, wenn der Verwaltungsrat den kompletten Vorstand der BayernLB entlasse, müsse sie die Bank ohne Führung schließen.

Als hätte es noch eines Beweises bedurft, führten Politiker in diesen dramatischen Tagen noch einmal vor, wie schlimm es ist, wenn sie Einfluss auf die Geschicke einer Bank haben. Erst am Freitagabend vergangener Woche hatten sie das selbst-angerichtete Chaos ein wenig sortiert. Und dann stand fest: Kemmer bleibt Bank-Chef.

Aber nicht nur die BayernLB, auch die WestLB und die HSH Nordbank, die aus der Fusion der Landesbanken Hamburg und Schleswig-Holstein entstanden war, boten vergangene Woche ein Bild des Jammers (siehe Seite 64 und 65). Bei der staats-eigenen KfW in Frankfurt am Main rückten gar BKA-Fahnder an, die wegen des Verdachts der Untreue ermitteln. Es geht um die 319-Millionen-Euro-Überweisung an die US-Investmentbank Lehman Brothers am Tag von deren Pleite.

Wohin man schaut – ausgerechnet Banken, bei denen der Staat Einfluss hat, ha-

ben nun mit die größten Probleme. Mit wie vielen Milliarden Euro der Staat sie noch unterstützen muss, kann niemand seriös abschätzen. Auf jeden Fall aber ist das Geschäftsmodell der meisten Landesbanken gescheitert – und der Fall BayernLB ein Lehrstück dafür, wie die Vermengung von Polit- und Profit-Interessen direkt in die Katastrophe führt.

Das Unheil der BayernLB begann in der Amtszeit des einstigen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, der den vermeintlich Linken im öffentlich-rechtlichen Fernsehen etwas entgegensetzen wollte und die Expansion des konservativen Privat-TV-Unternehmers Leo Kirch nach Kräften unterstützte. Kredite von zwei Milliarden Euro pumpte die BayernLB 2001 in das Imperium des Patriarchen, der Jahre danach pleiteging.

Weil der Bank nur rudimentäre Unterlagen bei der Vergabe der Geldmittel vorlagen, handelte sich der Vorstand später eine scharfe Rüge der Bankenaufsicht ein. Offenbar war der politische Wille bei der Kreditgewährung wichtiger als das Prinzip kaufmännischer Vorsicht. Aber was hätten

die Staatsbanker an der Isar auch anders machen können?

Enge Vertraute Stoibers stellten zeitweise gleich mehrere Mitglieder im Vorstand. Im obersten Aufsichtsgremium der Bank, dem Verwaltungsrat, tummelten sich CSU-Regierungsmitglieder, Bürgermeister, Sparkassenchefs und Landräte. Wahrscheinlich alles ehrenwerte Menschen. Wahrscheinlich wissen sie auch, dass das Kürzel ABS nicht nur für das Anti-Blockier-System eines Autos, sondern auch für sogenannte Asset-Backed Securities steht, komplexe Finanzkonstruktionen, in denen eine Vielzahl von Kreditforderungen zu einem Wertpapier gebündelt werden. Jedenfalls hat ihre Bank in solche komplexen Konstruktionen Milliarden investiert.

Ganz geheuer war das selbst den Beteiligten offenbar nicht. So fragte der bayerische Finanzminister Huber Ende 2007 im Verwaltungsrat der Bank, weshalb sie eigentlich so viel Geld in diese ABS-Papiere gesteckt habe.

Gute Frage. Sie kam nur viele Jahre zu spät. Denn schon 1997 hatte die BayernLB bereits über elf Milliarden Euro in diesen Konstruktionen angelegt.

Irgendwie musste die Bank das Geld ja verdienen, das mit den Krediten an bayerische Mittelständler und Medienkönig Kirch nicht zu holen war. Und in den neunziger Jahren entwickelte sich das Geschäft mit ABS-Papieren zum großen Renner auf den internationalen Kapitalmärkten – wie auch bei der BayernLB.

Ausgerechnet eine Regelung, mit der die Europäische Union den Landesbanken das Geschäft erschweren wollte, führte dann noch einmal zu einem großen Boom dieser Sorte Geldanlage. 2005 fiel die sogenannte Gewährträgerhaftung weg, eine Art Staatsgarantie für Landesbanken, die es ihnen ermöglichte, auf den Kapitalmärkten Geld zu niedrigen Zinsen aufzunehmen.

Bevor die neuen Vorschriften wirksam wurden, griffen die Bayern-Banker noch einmal richtig zu und holten sich Milliarden in die Kassen. Die Aktion lief in der Bank unter dem Motto „load the boat“.

Für das gewöhnliche Kreditgeschäft wurde dieses Geld nur teilweise benötigt. Aber die BayernLB konnte damit noch mehr Mittel in die scheinbar famosen ABS-



HSH Nordbank
Mitarbeiter **4909**
Bilanzsumme **204,4 Mrd. €**
Eigentümer: **30,41%** Freie und Hansestadt Hamburg, **29,1%** Land Schleswig-Holstein, **25,67%** Finanzinvestoren, **14,82%** Sparkassen

Belebende Garantien

Der HSH-Nordbank-Vorstand will Berlins Rettungspaket nutzen.

Hans Berger, Chef der HSH Nordbank, geriet am Freitag vergangener Woche massiv unter Druck. Die FDP in Schleswig-Holstein forderte plötzlich den Rücktritt des Bankers, weil das Institut, das den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein sowie dem US-Investor J. C. Flowers gehört, Milliardenrisiken in den Bilanzen aufgetürmt hat.

Seit vergangenem Jahr mussten die Hanseaten bereits 2,3 Milliarden Euro abschreiben. Bis Ende dieses Jahres könnte noch einiges hinzukommen. Allein bei den isländischen Bankrott-Banken hat auch die relativ kleine HSH noch Kredite von mehreren hundert Millionen Euro ausstehen. Davon ist ein niedriger dreistelliger Millionenbetrag nicht abgesichert. Weitere Verluste drohen etwa aus Investitionen in hochriskante Pakete mit Firmenkreditversicherungen.

Im Gegensatz zur BayernLB hält das finanzielle Rückgrat der Bank der Krise stand, aber für die Zukunft scheint es zu brüchig. Die HSH Nordbank gilt als traditionell schwach kapitalisiert. Seit rund um den Erdball die Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung der Banken massiv verschärft

werden, „reichen der HSH Nordbank 7,4 Prozent Kernkapitalquote nicht mehr, um wettbewerbsfähig zu bleiben“, sagt ein Insider.

Als weltgrößter Schiffsfinanzierer steht die Bank unter anderem mit potenten Adressen in Großbritannien in Konkurrenz. Dort liegt die vorgeschriebene Eigenkapitalquote bereits bei neun Prozent, was die Norddeutschen wohl aus eigener Kraft nicht schaffen würden. Ihre Anteilseigner haben bereits vor Monaten 1,3 Milliarden eingeschossen, weil der geplante Börsengang abgesagt werden musste. Weitere Milliarden sind weder von den beiden Bundesländern noch von Flowers zu erwarten.

Bergers Vorstandstruppe will das Rettungspaket der Bundesregierung nutzen. Wichtig sind dabei auch die Staatsgarantien, mit denen Bankschuldverschreibungen ausgegeben werden können. Nur so lässt sich die langfristige Refinanzierung wieder ankurbeln und das beinahe brachliegende Kredit-Neugeschäft beleben. Vergangenen Freitagnachmittag stellte Berger seinen Anteilseignern das Paket vor. Die wollen in dieser Woche über dessen Annahme entscheiden.



Runde der Länderchefs (in Dresden): Riskante

Papiere stecken. Eine Idee, die auch viele ihrer Landesbank-Kollegen hatten. Sie liehen sich dank der alten Sicherheiten mit einem kräftigen Staat im Rücken noch mal günstig Geld – um damit geradewegs ins Spielcasino der Weltfinanz zu rennen.

Glamour und Profitaussichten waren einfach zu verlockend. Rücksichten darauf, dass eine Landesbank vielleicht nicht alle Geschäfte betreiben sollte, die für ihre privaten Konkurrenten selbstverständlich sind, nahmen die Bank-Chefs in München kaum noch. Frivolerweise kam dabei noch ein weiteres Ziel hinzu: Ausgerechnet die Bank mit Staatsbeteiligung wollte möglichst wenig Steuern zahlen.

Die Bayern-Banker unterschieden sich dabei nicht von ihren Kollegen in anderen Landesbanken. Die Sachsen LB etwa setzte auf Irland, die HSH Nordbank auf Luxemburg, und die Münchner schworen unter anderem auf die USA. Auch dort gibt es kleine Steueroasen wie den Bundesstaat Delaware. Und selbst im Finanzparadies der

Cayman Islands tummelten sich die Bayern. Mit der Zweckgesellschaft „Zorro No. 1 Finance“ emittierten sie Schuldscheine für die frühere Karstadt-Hypothekenbank.

Anfangs ging es gut, die Geschäfte weit ab der Heimat brachten Gewinn und machten Appetit auf mehr. 2003 brüstete sich die BayernLB gar, in Deutschland exklusiv Anteile an Europas größtem Investmentvehikel „Overture“ verkaufen zu dürfen. Die Finanzjongleure von JP Morgan hatten Firmenkreditversicherungen zu einem Paket von 3,5 Milliarden Euro verschnürt und daraus Anleihen gebastelt.

Solche Casino-Produkte hatte die BayernLB nicht nur im Angebot, sondern immer öfter in den eigenen Büchern. Als könnten sie die erste Grundregel jedes Bankge-

te die BayernLB Papiere für 34 Milliarden Euro in den Büchern.

Mitte vergangenen Jahres war die Lage so bedrohlich, dass die Bank ihren Verwaltungsrat wöchentlich über drohende Risiken informierte. Das Referat 51 im Staatsministerium der Finanzen bereitete die Zahlen übersichtlich auf, damit Staatsminister Huber nichts entgehe. Aus diesen Papieren geht auch hervor, dass das Verlustrisiko aus ABS-Papieren am 4. Dezember bereits mit 1,442 Milliarden Euro beziffert wurde. Eine Woche später waren es 1,601 Milliarden. Und so ging es weiter. Am 30. Januar waren es 1,908 Milliarden.

Doch die Bankmanager forderten ihre Kontrolleure auf, die Zahlen auf keinen Fall bekanntzugeben. Sie seien ja auch nur

eine Schätzung. Minister Huber folgte dem nur zu gern. Im Freistaat standen Kommunalwahlen und Landtagswahl gleichermaßen bevor.

Am 12. Februar dann konnte Bank-Chef Schmidt das Schweigegelübde selbst nicht mehr halten. Gerüchte über Milliardenrisiken machten die Runde. Eine Woche später musste Schmidt seinen Posten räumen, Kemmer übernahm. Die Verantwortung für die Krise kann ihm kaum angelastet werden. Als Kemmer 2006 von der HypoVereinsbank zur BayernLB wechselte, lagen im Tresor schon die gefährlichen ABS-Pakete, von denen auch jetzt noch niemand weiß, wie viel Schaden sie noch anrichten werden.

Manche Anlage-Positionen der BayernLB ähneln jedenfalls eher einem spekula-



Vermengung von Polit- und Profit-Interessen

WestLB
Mitarbeiter **6319**
Bilanzsumme **267,9 Mrd. €**
Eigentümer: **31,18%** NRW.Bank *, **25,15%** Rheinischer Sparkassen- und Giroverband, **25,15%** Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband, **17,47%** Land NRW
* Förderbank des Landes Nordrhein-Westfalen



ALEXANDER STEIN / JOKER

„Vollkommen neu denken“

Die WestLB braucht Staatshilfen – und will sich selbst teilen.

Die WestLB aus Düsseldorf will ein zweites Mal in diesem Jahr umfangreiche Staatshilfen beantragen: „Wir müssen die Bank für die kommenden Stürme rüsten“, sagt Bank-Chef Heinz Hilgert. Anfang November will er seinem Aufsichtsrat vorschlagen, alle Bestandteile des Berliner Rettungspakets zu nutzen.

Zunächst geht es darum, weitere gefährdete Wertpapiere aus der WestLB-Bilanz zu entfernen. Bereits im Februar hatten die Eigentümer, das Land Nordrhein-Westfalen, die Sparkassenverbände und die NRW Bank, einen Risikoschirm von fünf Milliarden Euro aufgespannt, mit dessen Hilfe Wertpapiere in Höhe von 23 Milliarden Euro in eine Zweckgesellschaft ausgelagert wurden.

Doch das reicht nicht. Zwar habe die seit Jahrzehnten krisengeschüttelte WestLB keine Subprime-Kredite oder andere strukturierten Anleihen mehr in der Bilanz, meint Hilgert. In Island stünden maximal hundert Millionen Euro im Feuer. Aber die Finanzkrise führt möglicherweise auch zu Abschreibungsbedarf bei staatlich garantierten Studentenkrediten, Autofinanzierungen oder Konsumentenkrediten

aus den USA. Diese Art Wertpapiere soll nun vom Hilfsfonds der Bundesregierung übernommen werden.

Manche Eigentümer der WestLB hofften, ihre alten Garantien gegen Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung eintauschen zu können. Dem erteilt Hilgert eine Absage: „Sie können den Schirm nicht umwidmen.“ Das sei schon rein rechtlich nicht möglich.

Stattdessen sollen frische Mittel vom Staat fließen. „Wir prüfen auch, ob es sinnvoll und möglich ist, eine direkte Eigenkapitalunterstützung zu nehmen“, sagt der WestLB-Chef. Die Kernkapitalquote der drittgrößten Landesbank liegt bei mageren 6,4 Prozent.

Hilgert sieht dramatische Veränderungen auf die hiesigen Landesbanken zukommen. „Jeder weiß, dass es so nicht weitergeht“, sagt er. Alle müssten „vollkommen neu denken“.

Die WestLB will sich deshalb in zwei Teile aufsplitten. Ihr internationales Finanzierungs- und Kapitalmarktgeschäft soll an die Deka Bank verkauft werden. Die Verhandlungen laufen bereits. Die restlichen Teile der Bank könnten in eine Fusion mit einer anderen Landesbank eingebracht werden.

schäfts widerlegen, nach der höhere Zinsen nur für höheres Risiko zu haben sind.

Unter der Führung des damaligen Vorstandschefs Werner Schmidt beschloss die Spitze der BayernLB am 25. Oktober 2005 sogar, das Engagement in ABS-Papiere auf bis zu 58 Milliarden Euro hochzufahren. Nichts verdeutlicht stärker als diese Zahl, wie sehr sich das Institut von seinem eigentlichen Auftrag bereits entfernt hatte.

Laut bayerischem Landesbankgesetz soll es „insbesondere die Aufgaben einer Staatsbank sowie einer Kommunal- und Sparkassenzentralbank“ erfüllen. Tatsächlich agierte die BayernLB auch wie eine globale Zockerbude mit Dependancen in Peking und Shanghai, in Hongkong und Tokio, in Montreal, Moskau und Mumbai.

Besonders fatal wirkte sich das Treiben einiger Mitarbeiter in New York aus. Es war jene Truppe, die den Ankauf der ABS-Papiere vorantrieb. Als die Finanzkrise 2007 das ohnehin wacklige Kartenhaus dieser Anlageform zum Einsturz brachte, hat-

tiven Hedgefonds als einer soliden Bank. 4,6 Milliarden Euro hat sie allein in das Geschäft mit US-Firmenkrediten und besonders riskanten Versicherungen für derlei Kredite gesteckt. Wenn Unternehmen in Bedrängnis geraten und ihre Kredite nicht mehr bezahlen können, werden die Versicherungen fällig. Dann drohen der Bank weitere Milliardenabschreibungen auf die Wertpapiere, in denen all das zusammengepackt ist.

Politiker des Freistaats hoffen nun, dass der Bund die meisten Altlasten übernimmt. Bayern und die Sparkassen hatten der Landesbank im Frühjahr zwar einen Rettungsschirm von 4,8 Milliarden Euro zugesichert und auch in Brüssel beantragt. Im Parlament verabschiedet ist das jedoch noch nicht. Als jetzt das Rettungspaket des Bundes Gestalt gewann, glaubten die Herren in München, sie könnten ihre Zusage still und heimlich wieder einkassieren. Lieber Bundes-Geld als Bayern-Geld.

Doch genau für diesen Fall hat die Bundesregierung vorgesorgt. Das Münchner Debakel gilt als sogenannter Altfall. Der Bund will die fest zugesagten Verpflichtungen des Freistaats Bayern nach derzeitigem Stand der Prüfung nicht übernehmen. Denkbar wäre eine Kapitalspritze, um die Differenz zwischen den zugesagten Bayern-Geldern von 4,8 Milliarden und dem aktuellen Finanzbedarf von 6,4 Milliarden zu decken.

Zusätzlich könnte die BayernLB sich noch aus dem 400-Milliarden-Topf des Bundes für Kreditgarantien bedienen. In ihrem Antrag haben sich die Bayern das ausdrücklich vorbehalten.

Aber ganz egal, wie hoch der Rettungsbeitrag aus Berlin ausfällt – der Bund wird künftig bei der BayernLB mitreden. „Es kann doch nicht sein, dass wir Milliarden auf den Tisch legen, um überkommene Strukturen zu zementieren“, sagt ein Berliner Beamter.

Die weiß-blaue Bank wird wohl zu recht gestützt auf drei Bereiche: das Geschäft in Osteuropa, die Internet-Bank DKB sowie die Betreuung der Mittelständler in Bayern. Ihre Eigenständigkeit dürfte das Institut dann auch verlieren.

Von den derzeit noch sieben Landesbanken werden am Ende der Konsolidierung allenfalls zwei übrig bleiben, glauben Experten. Es wäre das Aus für eine Finanzinstitution, die über Jahrzehnte hinweg der Stolz vieler Ministerpräsidenten war.

Dem anstehenden Sanierungsprogramm werden aber auch Tausende Arbeitsplätze zum Opfer fallen. Die Mitarbeiter der BayernLB, die sich jetzt so lautstark für ihren Boss Kemmer ins Zeug gelegt haben, dürften bald wieder Transparente schwingen – dann allerdings in eigener Sache.

BEAT BALZLI, DINAH DECKSTEIN,
DIETMAR HAWRANEK, CHRISTOPH PAULY,
WOLFGANG REUTER

BESCHÄFTIGUNG

Unten bleibt unten

Als Folge der Hartz-Reformen sind die Arbeitslosenzahlen auf ein historisches Tief gesunken – und trotzen derzeit sogar der Finanzkrise. Doch der Erfolg ist teuer erkauft.



Bundesagentur-Chef Weise
Fördern und fordern?

Politisch gesehen waren die letzten Jahre für Wolfgang Clement keine Erfolgsperiode. Erst verlor der frühere Superminister für Wirtschaft und Arbeit nach der rot-grünen Wahl Niederlage seinen Posten. Dann versuchten gewerkschaftsnahe Genossen gar, den Reformen aus der SPD zu kegheln.

Umso erfreuter war Clement, als sich jüngst eine Gruppe von Anzugträgern zu seinen Ehren in Berlin zusammenfand. Ihre Augen waren auf einen Fassadenkletterer gerichtet, der sich an einem riesigen Plakat herabhangelte: „Glückwunsch! Nur noch 4 Millionen Arbeitslose“. Dann strich er die 4 durch, malte eine 3 – und strich auch die durch.

Die PR-Aktion der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft sollte schon mal darauf hinweisen, dass die Arbeitslosenzahl demnächst wohl unter die magische Grenze von drei Millionen fallen wird. „Wir müssen die positiven Nachrichten auch mal feiern“, befand der SPD-Politiker Clement.

Am Donnerstag dieser Woche darf er erneut jubeln. Frank-Jürgen Weise, Chef der Bundesagentur für Arbeit, wird dann verkünden, dass die Erwerbslosenzahl im Oktober auf den niedrigsten Stand seit 16 Jahren gesunken ist.

Doch während Weise bemerkenswerte Erfolge sieht,

fällt das Urteil der Experten nüchterner aus. „Diejenigen, die Hilfe besonders nötig haben, werden systematisch ausgegrenzt“, sagt der Beschäftigungsforscher Hilmar Schneider.

Tatsächlich haben die umstrittenen Hartz-Reformen die Spaltung auf dem Arbeitsmarkt vertieft. Was ursprünglich vor allem Langzeitarbeitslosen zugutekommen sollte, erweist sich heute eher als Programm, all jene unten zu halten, die eh schon unten sind.

Während die Zahl der leichter vermittelbaren Erwerbslosen, die meist erst kurz ohne Job sind, um fast 50 Prozent gesunken ist, stieg die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld II seit 2005 bis heute sogar.

Eine „gegenläufige Beschäftigungsentwicklung bei Hartz-IV-Empfängern und den übrigen Arbeitslosen“ beklagt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung.

Entsprechend trübe sind die Aussichten für den absehbaren Konjunkturabschwung. Zwar könnte die Erwerbslosenzahl weniger stark zulegen als in früheren Krisen. Dafür aber, so zeigen die Erkenntnisse der Forscher, fallen die sozialen Begleiterscheinungen umso hässlicher aus: Wer einmal in die Klasse der Langzeitarbeitslosen gerutscht ist, hat nur geringe Chancen, wieder ins Erwerbsleben zurückzufinden.



Empfänger von Arbeitslosengeld I

2005: **1,88 Mio.**
2008: **0,99 Mio.**
Durchschnitt Januar bis Juni

–47%

erwerbsfähige Hilfsbedürftige Arbeitslosengeld II

2005: **4,77 Mio.**
2008: **5,14 Mio.**
Durchschnitt Januar bis Mai

+8%

Die Zahl der Leistungsempfänger ist höher als die Zahl der Arbeitslosen, da viele von ihnen nicht arbeitslos sind. Das gilt z.B. für Geringverdiener, die zusätzlich zu ihrem Einkommen Arbeitslosengeld II bekommen.